

An die Medien im Kanton St.Gallen

St.Gallen, 15. Februar 2007
C_MK_070215.doc

Communiqué zur Medienkonferenz

Abstimmung vom 11. März 2007: NEIN der CVP Kanton St.Gallen zur Initiative für den Kantonsrats-Abbau
Nein zu Demokratie-Abbau und Schwächung des Zusammenhalts im Kanton

Eine Annahme der Initiative für den Abbau des Kantonsrats am 11. März würde die Vertretung der Regionen im Kanton und damit den für den Ringkanton St.Gallen so wichtigen Zusammenhalt empfindlich schwächen. Bürgernähe und Demokratie würden beschnitten – und das alles noch dazu für höhere Kosten. Die CVP Kanton St.Gallen kämpft gegen den Ratsabbau, damit auch künftig alle Regionen und Bevölkerungsgruppen ausgewogen im Parlament vertreten sind.

Würde die Initiative für den Abbau des Kantonsrats angenommen, würden die Vertretung der Regionen im Parlament und damit Demokratie und Zusammenhalt im Ringkanton St.Gallen gefährlich geschwächt. Zudem entstünden dem Kanton jährliche Mehrkosten, denn ein Ratsabbau würde zwingend auch eine Parlamentsreform erfordern, wie etwa die Erfahrungen im Kanton Aargau zeigen. An einer Medienkonferenz erläuterten Armin Eugster, Vizepräsident der CVP Kanton St.Gallen, und Andreas Widmer, Präsident der CVP Toggenburg, warum die CVP gegen die Abbau-Initiative kämpft. Esther Egger, Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Aargau, berichtete von den Erfahrungen mit der Parlaments-Reduktion in ihrem Kanton.

Direkten Draht zum Kanton nicht kappen

Für zahlreiche Regionen und Gemeinden wäre ein Kantonsrats-Abbau eine bittere Pille, denn sie hätten kaum mehr eine Chance, Vertreterinnen oder Vertreter in den Rat zu schicken, hielt Andreas Widmer, Präsident der CVP Toggenburg, fest: „Je kleiner das Stimmenpotenzial eines Gebiets in einem Wahlkreis, in dem eine Kandidatin oder ein Kandidat bekannt sind, desto geringer ist die Wahlchance. Obertoggenburger oder Gasterländer Vertreter bekämen im Kantonsratssaal rasch Seltenheitswert.“ Und er spannte den Bogen weiter: „Damit auch junge Kandidierende und Mitglieder der kleineren Parteien nicht diskriminiert werden und weiterhin alle Bevölkerungsgruppen, Altersschichten und Regionen die Chance haben, im Parlament vertreten zu sein, sind wir verpflichtet, gegen die Initiative zu kämpfen.“

Falsches Spiel – Mehrkosten statt Einsparungen

Vize-Parteipräsident Armin Eugster warnte davor, die bewährte, erwiesenermassen günstige und effiziente Arbeit des St.Galler Kantonsrats unüberlegt zu Gunsten einer „Modeerscheinung“ aufs Spiel zu setzen: „Die FDP spielt ein falsches Spiel, wenn sie behauptet, mit dem Abbau könnte gespart werden. Ein Rats-Abbau ist ohne gleichzeitige Reformen schlicht nicht denkbar. Eine solche Professionalisierung käme teurer, nicht günstiger als der heutige Betrieb.“ Der Parlamentsdienst müsste ausgebaut werden, und die einzelnen Ratsmitglieder würden vor allem durch vermehrte Kommissionsarbeit zusätzlich zeitlich beansprucht.

Das hätte unweigerlich eine Änderung der Zusammensetzung des Kantonsrats zur Folge, betonte Armin Eugster: „Mit der höheren Belastung würde die berufliche Vielfalt im Rat schrumpfen. Für Angestellte mit wenig zeitlicher Flexibilität und Selbstständigerwerbende wäre es kaum mehr möglich, im Rat zu politisieren. Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu finden, würde ungleich schwerer als heute.“ Es bestände die Gefahr, dass die politischen Ausrichtungen, Berufe und Altersgruppen nicht mehr angemessen vertreten wären.



Beispiel Aargau zeigt's

Dass eine Parlaments-Reduktion keine Kosten-Einsparungen bringt, bestätigte auch Esther Egger, Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Aargau, aufgrund der dortigen Erfahrungen: „Eine Parlaments-Reduktion in diesem Ausmass bringt grundsätzlich keine Kostensenkung, denn sie ist ohne umfassende Parlamentsreform nicht möglich.“ Der Kanton Aargau hat im Zug der Reduktion des Grossen Rats vor zwei Jahren denn auch den Parlamentsdienst von der Staatskanzlei getrennt und um rund 500 Stellenprozent ausgebaut. 2004, vor der Reduktion, betrug der Gesamtaufwand für den Grossen Rat knapp 2.4 Mio. Franken; für 2007 sind nun etwas über 3 Mio. Franken budgetiert.

Kontakte: *Armin Eugster*, Vize-Parteipräsident, Fraktionspräsident, 071 244 19 17 / 079 289 07 52
Andreas Widmer, Präsident CVP Toggenburg, Kantonsrat, 071 982 74 81 / 079 358 62 64
Esther Egger-Wyss, Präsidentin des Grossen Rates des Kantons AG, 079 758 79 71
Iwan Köppel, Parteisekretär, 071 222 33 84 / 079 407 70 50